



## INTERPELLATION

**Urheber** PS/GC, durch Sarah Constantin und Aude Rapin  
**Gegenstand** Suizide im Gefängnis – was unternimmt der Kanton?  
**Datum** 07/09/2021  
**Nummer** 2021.09.320

Zwischen 2005 und 2020 ist es in Walliser Gefängnissen zu fünf Selbstmorden gekommen. Diesen Sommer ereigneten sich im Untersuchungsgefängnis von Sitten gleich zwei solche Tragödien.

Während der Chef der Dienststelle für Straf- und Massnahmenvollzug im Le Nouvelliste vom 4. August 2021 von einem «tragischen Zufall» sprach, lassen die Äusserungen eines ehemaligen Häftlings über die Haftbedingungen auf mögliche Missstände schliessen. Überdies wurde im Bericht der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) für das Jahr 2015 das Regime der Untersuchungshaft angeprangert. Die gleichen Probleme wurden 2017 von der parlamentarischen Unterkommission festgestellt, die sich mit dem Dossier befasst hatte.

Im Le Nouvelliste vom 4. August 2021 liess ein Beobachter der Walliser Gefängnislandschaft Folgendes verlauten: «Wenn man einem Gefangenen Angst machen will, braucht man ihm bloss zu sagen, dass er ins Gefängnis Sitten verlegt wird, das als das härteste der Westschweiz gilt.» (Übersetzung)

In Anbetracht dieser Tatsachen ist es unser gutes Recht, die Suizide, die sich diesen Sommer im Untersuchungsgefängnis von Sitten ereignet haben, zu hinterfragen.

Quelle: Le Nouvelliste vom 4. August 2021:

<https://www.lenouvelliste.ch/articles/valais/valais-central/deux-suicides-qui-terpellent-a-la-prison-des-iles-a-sion-1096847>

### Schlussfolgerung

- Hat die betreffende Dienststelle infolge dieser beiden Suizide Sofortmassnahmen ergriffen?
- Ist infolge dieser beiden Suizide eine allgemeine Infragestellung der Haftbedingungen geplant?
- Sind die Bedingungen der Untersuchungshaft im Wallis menschenrechtskonform?
- Stehen die Bedingungen der Untersuchungshaft im Wallis im Einklang mit den Empfehlungen der NKVF?
- In welcher Form übt der Kanton in der Praxis die Aufsicht über die Walliser Gefängnisse aus?
- Welche Massnahmen gedenkt der Staatsrat zu ergreifen, um solche Tragödien inskünftig zu vermeiden?